

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 08.03.2012

Tagungsort: Aula der Grundschule Brake
Am Bohnenkamp 15
33729 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch
Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünewald -RM-
(bis 21:30 Uhr – TOP 18.2)
(bis 19:45 Uhr – TOP 11)
Herr Jens Hüsemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Andreas Rüter stellv. Bezirksbürgermeister -RM-
(bis 19:20 Uhr – TOP 11)

SPD

Herr Reiner Blum (ab 18:45 Uhr – TOP 5.8)
Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Herr Tobias Borchers (ab 18:30 Uhr – TOP 5.3)
Frau Marianne Kreye (Vors.)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Jörg-Rüdiger Schütz

CDU-Fraktion

Verwaltung

Frau Binder-Kruse

Bauamt

(zu TOP 6 und 18)

Herr Hartmann

Amt für Verkehr

(zu TOP 8)

Frau Prizebilla-Voigt

Amt für Jugend und Familie -
Jugendamt -

(zu TOP 9)

Frau Duffert

Amt für Jugend und Familie -
Jugendamt -

(zu TOP 9)

Herr Spree

Amt für Verkehr

(zu TOP 10)

Herr Eweler

Umweltbetrieb

(zu TOP 11)

Frau Schröder

Umweltbetrieb

(zu TOP 11)

Herr von Neumann-Cosel

Bauamt

(zu TOP 18)

Frau Wocken

Bauamt

(zu TOP 18)

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

Schriftführer

Externe

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 23. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.02.2012

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.02.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Anmeldeverfahren der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Dezernates 2 vom 16.02.2012 erhalten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass er festgestellt habe, dass offenbar viele Kinder an einer Grundschule angemeldet werden, die nicht im entsprechenden Schuleinzugsbereich liegen und fragt nach den Gründen.

Herr Skarabis erläutert, dass die Schulverwaltung die Hintergründe für dieses Verhalten nicht erfasse und insofern kein entsprechendes Datenmaterial zur Verfügung stehe. Die Gründe für eine Abweichung vom Schuleinzugsbereich seien daher nur zu vermuten (Erhalt von im Kindergarten entstandener Freundschaften, Einschulung in einer konfessionellen Schule, Einschulung in einer Schule mit einem besonderen pädagogischen Konzept, Einschulung in einer Förderschule etc.).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 Ausschreibung vakanter Grundschulleitungsstellen

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Amtes für Schule vom 06.02.2012 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3 **Umgestaltung des Schulgeländes der Grundschule Heeperholz (vgl. u. a. BV Heepen - 07.07.2011 - TOP 5.1)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Schule vom 03.02.2012, ein Abdruck des bei der Umgestaltung von Schulaußenanlagen zwischen der Schule (z. B. Schulförderverein) und der Stadt Bielefeld zu schließenden Vertrages, ein Abdruck des Ablaufschemas „Schulgeländeumgestaltung“ sowie ein Abdruck der Hinweise des Umweltbetriebes zu - beim Bau und der Unterhaltung von Kinderspiel- und Bolzplätzen - einzuhaltenden Standards.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 **Verkehrssituation Jokerweg / Grundschule Milse (vgl. BV Heepen - 07.07.2011 - TOP 5.6)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 07.02.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Gehwegparken in der Hillegosser Straße vor dem Ladengeschäft der Fa. Wulfhorst**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 09.01.2012.

Herr Skarabis informiert darüber, dass die Situation mit dem Inhaber erörtert wurde. Die Markierung von 4 Stellplätzen zur Straße lehne er ab, da er erwarte, dass diese Stellplätze häufig durch Dauerparker blockiert werden und nicht mehr von seinen Kunden genutzt werden können. Er wünsche sich vor diesem Hintergrund die Markierung einer entsprechenden Anzahl von Parkplätzen in Schrägaufstellung vor seinem Ladengeschäft. Es wurde vereinbart, die Situation unter Teilnahme eines Vertreters der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei im Rahmen eines Ortstermins zu diskutieren. Mit der Straßenverkehrsbehörde wurde vereinbart, Markierungsarbeiten zunächst zurück zu stellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 Einladung zur Vernissage

Den Mitteilungen beigefügt ist die Einladung zur Vernissage „Renate Sandvoß - See- und Sebstücke: Zwischen Sylt & Festland (Pastellmalerei)“ am 28.03.2012 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 Abrechnungen nach dem KAG

Den Mitteilungen beigefügt ist die Anlage zur Informationsvorlage der Verwaltung Drucksache 3601/2009-2014 des Amtes für Verkehr vom 26.01.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Bebauungsplan Nr. III/O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A2“

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Informationsschreiben des Bezirksamtes zur Öffentlichen Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger zur Planung im Bebauungsplangebiet Nr. III/O 12.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

**3.9 Überwachung der Ampel des Oldentruper Kreuzes
(vgl. BV Heepen - 24.11.2011 - TOP 5.2)**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 23.02.2012 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.9 *

II. Mündliche Mitteilungen

3.10 Haushaltsplanentwurf 2012

Alle Bezirksvertretungsmitglieder ohne Ratsmandat haben zu den Fraktionssitzungen bzw. zu Sitzungsbeginn den Haushaltsplanentwurf 2012 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.10 *

3.11 Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung Bielefeld 2012

Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben zu Sitzungsbeginn das Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung Bielefeld 2012 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.11 *

3.12 **Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld (vgl. TOP 10)**

In Ergänzung der Sitzungsunterlagen wurde den Fraktionen und Parteienvertretern vom Amt für Verkehr zu den Fraktionssitzungen ein Übersichtsplan zu den Hauptrouten des Radverkehrsnetzes Bielefeld zur Verfügung gestellt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.12 *

3.13 **Klassenbildung an Heeper Grundschulen (vgl. BV Heepen - 12.01.2012 - TOP 3.7)**

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Schule vom 29.02.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.13 *

3.14 **Stadtbahn Bielefeld - Endbericht zur Machbarkeitsstudie Stadtbahn Heepen (vgl. BV Heepen - 09.02.2012 - TOP 7)**

Herr Skarabis informiert darüber, dass mit dem Amt für Verkehr und der moBiel GmbH ein Termin für die bereits angekündigte Bürgerinformationsveranstaltung abgestimmt wurde. Als Termin wurde Mittwoch, der 25.04.2012, vereinbart. Die Veranstaltung werde in der Aula des Gymnasiums Heepen durchgeführt (Beginn: 19.00 Uhr).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.14 *

3.15

Amphibienschutzmaßnahme 2012 im Stadtbezirk Heepen

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Mitteilung des Umweltamtes vom 06.03.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.15 *

3.16

Einwohnerfrage zur Traglastbeschilderung der Brücke östlich der Kreuzung Oldentruper Straße / Hillegosser Straße / Bechterdisser Straße (vgl. BV Heepen - 09.02.2012 - TOP 1)

Herr Skarabis verweist auf den zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Abdruck des Antwortschreibens des Bezirksamtes an den Fragesteller Herrn Dieter Zimmermann vom 06.03.2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 3.16 *

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Grafenheider Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3752/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

„Was ist der Stand der Dinge beim 3. Bauabschnitt?“

Herr Skarabis informiert darüber, dass das Baudezernat mitgeteilt habe, dass die Entscheidung über die Beschlussvorlage der Verwaltung, Drucksache Nr. 1246/2009-2014 vom 04.08.2010 über die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wohnen Brake-West“ sowie die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 27 „Brake-West“ im Stadtentwicklungsausschuss noch ausstehe. In der Vorbesprechung zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 20.03.2012 wurde auf Bitten der Ampelkoalition vereinbart, den Tagesordnungspunkt in der Sitzung am 02.05.2012 zu beraten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 "Grünes Band" Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3753/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Im Juni 2010 beschlossen die Bezirksvertretung Heepen und der Stadtentwicklungsausschuss den Rahmenplan für das „Grüne Band“. Dabei wurde auch eine Reihenfolge der „Bearbeitungsbereiche“ festgelegt. Der Bereich vom Baderbach-Grünzug bis zum Ostring wurde als 3. Bauabschnitt beschlossen.

Frage:

Ist es zutreffend, dass in diesem Bereich derzeit Renaturierungsmaßnahmen (Bachlauf) geplant oder in Arbeit sind, die die Variante 3 der Oldentruper Ortsumgehung betreffen würden?

Herr Skarabis führt aus, dass sich im Bereich zwischen der Teltower Straße und der Bahnlinie Bielefeld - Detmold eine Altdeponie befinde. Es handele sich dabei um eine 1968 genehmigte Deponie der Gemeinde Oldentrup. Verfüllt wurde ein Siek des Meyerbaches, der heute innerhalb der Deponie verlaufe und verrohrt sei. Die Verfüllung der Deponie erfolgte von 1968 bis 1973 mit Hausmüll, Bauschutt und Boden. Die Rekultivierung wurde im Jahr 1975 abgeschlossen. Die Deponiefläche betrage ca. 3,4 ha und sei ca. 8 m tief. Die

Fläche werde derzeit als Lagerfläche bzw. Verkehrsfläche zweier Gewerbebetriebe und Weideland genutzt. Sie grenze an Gewerbeflächen, die Bahnlinie und eine Waldfläche an. Die Verrohrung des Meyerbaches sei in diesem Bereich stark geschädigt und müsse aus statischen Gründen kurz- bis mittelfristig saniert werden. Hierfür komme eine Inlinersanierung oder als nachhaltige - vom Umweltamt bevorzugte - Alternative auch die Verlegung des Bachlaufes südlich und westlich um die Deponiefläche herum in Betracht. Bei dieser Variante würde ein naturnaher Ausbau des Gewässers ermöglicht. Gleichzeitig würde die Durchgängigkeit entsprechend den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie hergestellt. Die Umlegung des Meyerbaches südlich um die Deponie herum würde aufgrund der Tiefenlage des Baches und der Morphologie des Geländes einen Einschnitt von 35 m Breite südlich der Bahnlinie erfordern. Der Einschnitt würde südlich der dort verlaufenden Gasleitung beginnen. Die für die Bachumlegung erforderlichen Grundstücksverhandlungen können im Jahr 2012 abgeschlossen werden. Die weitere Planung der Maßnahme sollte sofort anschließend ebenfalls noch im Jahr 2012 durchgeführt werden. Entsprechende Haushaltsmittel seien für 2012 veranschlagt worden. Landesmittel zur Durchführung der Bachumlegung seien vom Fördergeber in Aussicht gestellt worden. Der Bereich der geplanten Maßnahme südlich der Bahnlinie liege in der Trasse der Variante 3 der geplanten Oldentruper Ortsumgehung. Derzeit werden daher zwischen dem Umweltamt und dem Amt für Verkehr Gespräche über mögliche Alternativen und Vorgehensweisen durchgeführt. Die Ergebnisse werden der Bezirksvertretung Heepen vorgestellt, sobald sie vorliegen. Bis dahin werde das Vorhaben nicht umgesetzt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 4.2 *

--

Zu Punkt 4.3 Ampelschaltung Engersche Straße / Vilsendorfer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3754/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Zur Ampelschaltung im genannten Einmündungsbereich ist die Bezirksvertretung (bzw. einzelne Vertreter) mehrmals initiativ geworden, zuletzt durch einen Antrag der CDU (ergänzt durch die SPD) im vorletzten Jahr. Geschehen ist offensichtlich nichts; jedenfalls nichts die Rechtsabbiegespur (aus Schildesche nach Brake) betreffend.

Frage:

Wann kümmert sich wer um dieses Ärgernis?

Herr Skarabis informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe,

dass sich die Signalanlage nicht in der Baulast der Stadt Bielefeld befinde und vor diesem Hintergrund auch nicht vom Amt für Verkehr gewartet werde. Bei dem in der Anfrage angesprochenen Sachverhalt handele es sich offenbar um eine Störung, die bereits im Jahr 2009 angesprochen wurde. Zum damaligen Zeitpunkt habe ein defekter Fußgängertaster zu einer Dauerauslösung geführt und so eine dauerhafte Reduzierung einzelner Grünzeiten bewirkt. Dieser Schaden wurde nach Mitteilung an den Landesbetrieb Straßenbau NRW durch die zuständige Wartungsfirma beseitigt. Der Defekt könne auch sporadisch auftreten, da im Winter z. B. ein Taster in gedrückter Position festfrieren könne. Das Amt für Verkehr habe vor dem Hintergrund der Anfrage der SPD-Fraktion erneut eine Störungsmeldung an den Landesbetrieb übermittelt.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) können nicht nachvollziehen, dass die beobachteten Mängel allein auf eine defekte Fußgängerampel zurückzuführen seien und beschreiben die von ihnen im Bereich der Ampelanlage beobachteten Abläufe. Für aus Richtung Schildesche kommende Fahrzeuge, die nach rechts in die Engersche Straße abbiegen wollen, ergebe sich auch dann eine unzumutbar lange Rotphase, wenn keine Fahrzeuge aus Richtung Vilsendorf kommen, die links in die Engersche Straße abbiegen wollen. Sowohl Herr Dr. Elsner als auch Herr Wäschebach vertreten nachdrücklich die Auffassung, dass die Ampel für die aus Richtung Schildesche kommenden Fahrzeuge, die rechts in die Engersche Straße abbiegen wollen, unmittelbar auf „Grün“ schalten müsse, wenn sich kein entsprechender Gegenverkehr aus Richtung Vilsendorf ergebe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die Angelegenheit unter Berücksichtigung der von Herrn Dr. Elsner und Herrn Wäschebach beschriebenen Abläufe erneut zu prüfen und die Bezirksvertretung über das Ergebnis zu unterrichten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 4.3 *

Zu Punkt 4.4 (Ehemaliges) Bahngelände in Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3756/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Gibt es - nach dem Ausstieg von Aldi - für das verfügbare Gelände Interessenten oder Ideen in der Verwaltung für eine Vermarktung?

Herr Skarabis informiert darüber, dass die Bauverwaltung mitgeteilt habe, dass die angesprochenen Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.

III/Brake 34 liegen. Der Aufstellungsbeschluss zu diesem Bebauungsplan wurde seinerzeit vor dem Hintergrund der Überlegungen eines Projektentwicklers, hier einen Discounter anzusiedeln, gefasst. Er habe seine Planung jedoch inzwischen aufgegeben, da sich der mögliche Betreiber zurückgezogen habe. Vor diesem Hintergrund ruhe das Bebauungsplanverfahren derzeit. Der Projektentwickler bemühe sich derzeit intensiv, einen neuen Betreiber zu finden. Unmittelbar damit verknüpft sei der Ausbau der Waagestraße, der im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages geregelt werden sollte. Sobald sich hier neue Entwicklungen abzeichnen, werde die Bauverwaltung berichten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 4.4 *

Zu Punkt 4.5 Entwicklungen im Bereich Waagestraße im Stadtteil Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3749/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Waagestraße befindet sich im zentralen Einkaufsbereich von Brake, nahe der Ortsmitte. Dort wollte sich ein überregional tätiger Versorger ansiedeln. Dies wurde aber verworfen. In dem Bereich ist seit einiger Zeit eine massive Müllproblematik erkennbar. Ein Teil der Straße ist extrem schlecht befahrbar.

Frage:

Gibt es Bestrebungen das Gebiet der Waagestraße zu entwickeln?

Zusatzfragen:

Was wird gegen die Müllproblematik unternommen?

Wann kommt die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht nach?

Herr Skarabis verweist hinsichtlich der Fragestellung, ob es Bestrebungen, das Gebiet der Waagestraße zu entwickeln, gebe, auf die unter TOP 4.4 zur Anfrage der SPD-Fraktion getroffenen Aussagen. Zur Zusatzfrage 1, was gegen die beobachtete Müllproblematik unternommen werde, habe die Bauverwaltung mitgeteilt, dass die Eigentümer der Privatgrundstücke, auf denen schädliche Baustoffe gelagert wurden, aufgefordert wurden, diese zu entfernen. Eine Kontrolle durch einen Baukontrolleur habe ergeben, dass die abgelagerten schädlichen Baustoffe von den Grundstückseigentümern inzwischen entfernt wurden. Es sei darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Grundstücksflächen im Bereich der Waagestraße um Privatgrundstücke und nicht um öffentliche Verkehrsflächen handele. Vor diesem Hintergrund könne

die Stadt Bielefeld keine Maßnahmen zur Müllbeseitigung ergreifen. Die Ordnungsabteilung des Bezirksamtes habe jedoch im Rahmen bestehender Kontakte zum Hauseigentümer diesen gebeten, den sich auf den Grundstücken noch befindlichen übrigen Müll zu beseitigen. Der Eigentümer habe dies zugesagt.

Zur Frage der Verkehrssicherungspflicht im Bereich der Waagestraße sei festzustellen, dass sich das Gelände nicht im Eigentum der Stadt Bielefeld befinde. Es handele sich bei der Waagestraße um eine Privatstraße. Die Verkehrssicherungspflicht obliege vor diesem Hintergrund dem Eigentümer. Die Stadt Bielefeld habe insofern keine rechtlichen Möglichkeiten, auf den Eigentümer Einfluss zu nehmen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) regt an, das Gelände unter Einsatz von Bewegungsmeldern zu beleuchten. Erfahrungsgemäß halte eine gute Beleuchtung davon ab, Müll widerrechtlich zu entsorgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 4.5 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Durchbau der Grafenheider Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3703/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1) *in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu dem Planungsstand zum Durchbau der Grafenheider Straße auf der bisher geplanten Trasse zu berichten. Dabei sind insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:*

- *Welche Schritte sind seit der Sitzung der Bezirksvertretung im Mai 2011 unternommen worden?*
- *An welchen Stellen ist das Verfahren angehalten worden und aus welchen Gründen?*
- *Was ist ein realistischer Zeitplan für die weiteren Schritte (ggf. unter Angabe der notwendigen politischen Beschlüsse)?*
- *Welche Beschlüsse der Bezirksvertretung können das Vorantreiben des Projektes beschleunigen?*

- 2) *in der nächsten Sitzung zu dem Stand der Prüfung anderer Nutzungskonzepte für die Fläche nördlich der Trasse der Grafenheider Str. zu berichten.*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die von der Verwaltung unter TOP 4.1 getroffene Aussage, dass eine Entscheidung über die Beschlussvorlage der Verwaltung - Drucksache Nr. 1246 /2009-2014 vom 04.08.2010 über die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wohnen Brake-West“ sowie die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 27 „Brake-West“ - im Stadtentwicklungsausschuss noch ausstehe und voraussichtlich in der Sitzung am 02.05.2012 im Stadtentwicklungsausschuss beraten werde. Vor diesem Hintergrund bitte er, die Formulierung im Beschlusstext „... nächste Sitzung ...“ unter Ziff. 1 und Ziff. 2 des Beschlusstextes durch die Formulierung „... Mai-Sitzung ...“ zu ersetzen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1) **in der Mai-Sitzung der Bezirksvertretung zu dem Planungsstand zum Durchbau der Grafenheider Straße auf der bisher geplanten Trasse zu berichten. Dabei sind insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:**
- **Welche Schritte sind seit der Sitzung der Bezirksvertretung im Mai 2011 unternommen worden?**
 - **An welchen Stellen ist das Verfahren angehalten worden und aus welchen Gründen?**
 - **Was ist ein realistischer Zeitplan für die weiteren Schritte (ggf. unter Angabe der notwendigen politischen Beschlüsse)?**
 - **Welche Beschlüsse der Bezirksvertretung können das Vorantreiben des Projektes beschleunigen?**
- 2) **in der Mai-Sitzung zu dem Stand der Prüfung anderer Nutzungskonzepte für die Fläche nördlich der Trasse der Grafenheider Straße zu berichten.**

- bei einer Gegenstimme beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2 Versorgung des Stadtbezirks Heepen mit schnellen Internetanschlüssen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3704/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung

- 1. zu berichten, inwieweit im Stadtbezirk, insbesondere in Neubaugebieten, die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen (DSL) sichergestellt ist,*
- 2. ein Konzept für die langfristige Herstellung von Versorgungssicherheit hinsichtlich schneller Internetanschlüsse zu erarbeiten und dies bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen,*
- 3. umgehend die Versorgungslücke im Neubaugebiet Tödtheide zu beseitigen (über die entsprechenden Maßnahmen ist in der Bezirksvertretung zu berichten).*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) unterstreicht nachdrücklich die zunehmende Bedeutung der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen und verweist darüber hinaus auf die schriftliche Antragsbegründung:

Die Versorgung mit einem leistungsfähigen Internetanschluss ist - für viele Menschen schon aus beruflichen Gründen - in heutiger Zeit eine absolute Notwendigkeit. Leider hört man im Stadtbezirk immer häufiger Beschwerden, insbesondere in Neubaugebieten wie im Bereich Tödtheide, dass aus technischen Gründen (fehlende freie DSL-Ports) ein leistungsfähiger Internetanschluss nicht mehr bereitgestellt werden kann. Aufgrund dieser Problematik bittet die CDU-Fraktion um einen Bericht zur Gesamtsituation, um die Dimension des Problems erfassen zu können und um konkrete Abhilfe in bekannten Problemlagen.

Auf Rückfrage von Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) erläutert Herr Dr. Elsner, dass die angesprochene Problematik sich auf den ganzen Stadtbezirk Heepen beziehe. In Neubaugebieten sei jedoch von vornherein eine entsprechende Infrastruktur zu fordern. Im Übrigen bitte er den Beschlusstext dahingehend zu interpretieren, dass Ziff. 1 sofort erledigt werden müsse, während die Erarbeitung entsprechender Konzepte auch aus Sicht der CDU-Fraktion in angemessener Zeit erfolgen könne. Im Braker Neubaugebiet „Tödtheide“ bestehe aus Sicht der CDU-Fraktion allerdings sofortiger Handlungsbedarf.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die SPD-Fraktion dem Antrag inhaltlich zustimme, obwohl er nicht erwarte, dass die Problematik schnell gelöst werden könne, da die angemahnte Infrastruktur von Privatunternehmen zur Verfügung gestellt werden müsse. Ziff. 1 des Antrages sollte auch aus Sicht der SPD-Fraktion so schnell wie möglich erledigt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht in der fehlenden Infrastruktur ein

Problem, das dringend gelöst werden müsse.

Herr Skarabis geht vor dem Hintergrund der im Rahmen der Bearbeitung eines gleichgelagerten Problems im Stadtteil Ubbedissen gesammelten Erfahrungen davon aus, dass es vermutlich nicht möglich sein werde, bereits in der nächsten Sitzung den unter Ziff. 1 des Antrages geforderten Bericht vorzulegen.

Herr Dr. Elsner stimmt der Änderung der Formulierung „... in der nächsten Sitzung ...“ in die Formulierung „... schnellstmöglich ...“ zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich der Bezirksvertretung

- 1. zu berichten, inwieweit im Stadtbezirk, insbesondere in Neubauge-bieten, die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen (DSL) sichergestellt ist,**
- 2. ein Konzept für die langfristige Herstellung von Versorgungssicher-heit hinsichtlich schneller Internetanschlüsse zu erarbeiten und dies bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen,**
- 3. umgehend die Versorgungslücke im Neubaugebiet Tödtheide zu beseitigen (über die entsprechenden Maßnahmen ist in der Bezirks-vertretung zu berichten).**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Entlastung Oldentrup, Variante 1

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3757/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Vor dem Hintergrund geplanter Umbaumaßnahmen von Edeka/Marktkauf in Oldentrup wird die Verwaltung dringend aufgefordert, umgehend alle Grundstückseigner, die von einer der beiden Varianten 1 betroffen sind, auf

Realisierungsmöglichkeiten anzusprechen, bzw. an einen Tisch zu holen. Dabei sollen auch Planvarianten diskutiert werden wie z. B. eine Tieferlegung der möglichen Trasse.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) sieht vor dem Hintergrund der geplanten Umbaumaßnahmen der EDEKA im Bereich des Marktkauf-Geländes entsprechenden Handlungsbedarf.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die Beratung der Angelegenheit in der Februar-Sitzung der Bezirksvertretung (vgl. BV Heepen - 09.02.2012 - TOP 8) und die im Rahmen der Beratung von ihm zur Frage der möglichen Variante getroffenen Aussagen. Aus Sicht der CDU-Fraktion werde durch die Variante 1 das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verlagert. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei die Variante 3 die bessere Lösung für eine nachhaltige verkehrliche Entlastung des Stadtteils Oldentrup und werde sich darüber hinaus auch positiv auf die verkehrliche Entwicklung im Nachbarstadtbezirk Stieghorst auswirken.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung nachdrücklich an und stellt fest, dass bei Realisierung der Variante 1 der Verkehr lediglich 150 m weiter „hinter dem Oldentruper Kreuz“ auf die Potsdamer Straße geführt werde. Dadurch ergebe sich keine Entlastung des Oldentruper Kreuzes.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die Intention der Bezirksvertretung vor dem Hintergrund der Beratung in der Februar-Sitzung und der heutigen Sitzung seines Erachtens eindeutig nachvollziehbar sei und die Verwaltung nun die formulierten Arbeitsaufträge zeitnah abarbeiten müsse.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Vor dem Hintergrund geplanter Umbaumaßnahmen von Edeka / Marktkauf in Oldentrup wird die Verwaltung dringend aufgefordert, umgehend alle Grundstückseigner, die von einer der beiden Varianten 1 betroffen sind, auf Realisierungsmöglichkeiten anzusprechen, bzw. an einen Tisch zu holen. Dabei sollen auch Planvarianten diskutiert werden, wie z. B. eine Tieferlegung der möglichen Trasse.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3758/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, für die Kita Braker Straße eine Zwischenlösung zur Entschärfung des Raumproblems zu finden; ggf. mit einer Containerlösung.

Herr Wäschebach nimmt Bezug auf die schriftliche Antragsbegründung:

Die Kita Braker Straße befindet sich derzeit in akuter Raumnot. Nach Aussagen des Jugendamtes fehlen etwa 100 m² an Fläche. Bis zum Bau der neuen Räume im BGW-Neubau dauert es voraussichtlich weiter über ein Jahr.

Er bittet vor dem Hintergrund der im Rahmen der „Containerlösung“ an der Grundschule Brake gesammelten negativen Erfahrungen den Antragstext durch die Formulierung „... hochwertige ...“ zu ergänzen. Weiterhin sollte die Verwaltung prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, eine Alternative im Gebäude zu finden. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die großen Treppenhäuser.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion anschließe. Er halte jedoch eine Containerlösung für keine gute Lösung. Es sollte vor diesem Hintergrund vorrangig eine Alternative im vorhandenen Raumbestand angestrebt werden.

Herr Wäschebach stimmt einer entsprechenden Änderung des Beschlusstextes zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird aufgefordert, für die Kita Braker Straße eine geeignete Zwischenlösung zur Entschärfung des Raumproblems (Alternative im vorhandenen Raumbestand, hochwertige Containerlösung etc.) zu finden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.4 *

Zu Punkt 5.5 **Wartehäuschen am Braker Friedhof**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3759/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

In die nächste „Staffel“ der neu zu errichtenden Buswartehäuschen ist die Haltestelle „Friedhof Brake“ aufzunehmen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass er festgestellt habe, dass das geforderte Wartehäuschen entsprechend der aktuellen Beschlusslage bereits als im 1. Schritt umzusetzende Maßnahme priorisiert sei. Da die Maßnahme offenbar bisher nicht umgesetzt wurde, halte er es für erforderlich, dass die moBiel GmbH zur Umsetzung der priorisierten Maßnahmen in der Bezirksvertretung berichte.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass die CDU-Fraktion zustimme.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet die moBiel GmbH zum Stand der Umsetzung der im Rahmen der Ausstattung vorhandener Bushaltestellen mit Wartehäuschen priorisierten Maßnahmen in der Bezirksvertretung zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.5 *

-.-.-

Zu Punkt 5.6 Tempo 30-Zone in Milse

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3760/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Für das gesamte Wohngebiet nördlich der Elverdisser Straße ist eine großflächige Tempo 30-Zone einzurichten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die bekannte verkehrliche Situation im Stadtteil Milse, die aus Sicht der SPD-Fraktion im Bereich des Wohngebietes nördlich der Elverdisser Straße dringend die Einrichtung einer großflächigen Tempo 30-Zone erfordere. Nach Recherche der SPD-Fraktion wäre es möglich, die Tempo 30-Zone durch die Aufstellung

von rd. 8 Schildern umzusetzen. Vor dem Hintergrund der haushaltsrechtlichen Zwänge bitte er die Verwaltung zu prüfen, ob der städtische Bauhof über entsprechende Altbestände verfüge.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die CDU-Fraktion sich grundsätzlich der Forderung der SPD-Fraktion anschließe. Aufgrund einer im angesprochenen Wohngebiet verlaufenen Buslinie könne die Einrichtung der Tempo 30-Zone jedoch u. U. zu fahrplantechnischen Problemen auf Seiten der moBiel GmbH führen. Es sei daher erforderlich, die von der moBiel GmbH zu berücksichtigenden Aspekte in die Prüfung einzubeziehen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Für das gesamte Wohngebiet nördlich der Elverdisser Straße ist eine großflächige Tempo 30-Zone einzurichten. Es ist zu prüfen, ob die notwendige Beschilderung aus Altbeständen des städtischen Bauhofes erfolgen kann. Aufgrund der sich ggf. ergebenden fahrplantechnischen Abhängigkeiten sind die Belange der moBiel GmbH zu berücksichtigen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.6 *

Zu Punkt 5.7 Straße "Am Bohnenkamp": Einbau eines Sperrpollers

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3768/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

In der Straße „Am Bohnenkamp“ soll auf der Südseite (im Bereich der Haus-Nr. 5) vor der Abzweigung der Straße „Gellersbreite“ ein weiterer Poller / Pömpel eingebaut werden, um so das Umfahren des „Berliner Kissens“ zu vermeiden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses der Bezirksvertretung Heepen am Standort ein sog. „Berliner Kissen“ eingebaut wurde, obwohl die

Straße und der Fehmarnstraße im Stadtteil Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3750/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt den Bereich der Engerschen Straße, der Braker Straße und der Fehmarnstraße in Brake zu überprüfen und der Bezirksvertretung Vorschläge zu unterbreiten mit dem Ziel das die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht wird.

Herr Schatschneider (Die Linke) beschreibt die verkehrliche Situation im angesprochenen Bereich und sieht insbesondere für Radfahrer ein erhebliches Gefahrenpotential.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Situation im angesprochenen Bereich mehrfach in der Bezirksvertretung beraten wurde und darüber hinaus auch entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Seines Erachtens seien die in diesem Kontext gefassten Beschlüsse seitens der Verwaltung jedoch noch nicht vollständig abgearbeitet worden. Er verweise in diesem Zusammenhang u. a. auf das geforderte Konzept zur Verkehrsberuhigung im Stadtteil Brake. Vor diesem Hintergrund sei aus Sicht der CDU-Fraktion kein weiterer Beschluss erforderlich.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der Auffassung an, dass die zur Verkehrssituation im angesprochenen Bereich gefassten Beschlüsse der Bezirksvertretung bisher noch nicht vollständig abgearbeitet werden konnten. Er verweise in diesem Zusammenhang u. a. auf die hinsichtlich des Busverkehrs im Bereich Engersche Straße / Braker Straße bestehenden Abhängigkeiten. Er könne sich vor diesem Hintergrund vorstellen, den Beschluss als Aufforderung an die Verwaltung, über den Stand der Umsetzung zu berichten, zu verstehen.

Herr Skarabis bestätigt, dass die zur Verkehrssituation im angesprochenen Bereich gefassten Beschlüsse der Bezirksvertretung noch nicht vollständig abgearbeitet werden konnten.

Herr Dr. Elsner sieht vor diesem Hintergrund den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke als „Erinnerungsantrag“. Diesem könne die CDU-Fraktion zustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bereich der Engerschen Straße, der Braker Straße und der Fehmarnstraße in Brake zu überprüfen und der Bezirksvertretung Vorschläge zu unterbreiten mit dem Ziel, dass die

Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht wird.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 5.8 *

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan III / Br 35 "Discounter Braker Straße/ Am Damm" für das Gebiet nördlich der Braker Straße und östlich der Straße Am Damm auf den Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öffentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße gem. §§ 12, 12 (3a) und 13 a BauGB - Stadtbezirk Heepen -

Einleitungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3584/2009-2014/1

Frau Binder-Kruse (Bauamt) nimmt Bezug auf die Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der Bezirksvertretung am 09.02.2012 (vgl. BV Heepen - 09.02.2012 - TOP 9 - Drucksache 3584/2009-2014). Die Bezirksvertretung hatte im Anschluss an die Beratung dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt. Auf der Grundlage der Beratung in der Bezirksvertretung war es jedoch erforderlich, die Beschlussvorlage Drucksache 3584/2009-2014 vor der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss am 20.03.2012 redaktionell zu überarbeiten (siehe markierte Textpassagen). Da es sich bei der überarbeiteten Fassung um eine, die Ursprungsvorlage ersetzende, Nachtragsvorlage handele, war es aus formalen Gründen erforderlich, diese vor der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksvertretung Heepen zur (nochmaligen) Beschlussfassung vorzulegen. Im Anschluss erläutert Frau Binder-Kruse die vorgenommenen redaktionellen Änderungen.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nach der Ausformung des vor dem Gelände des Discountmarktes anzulegenden Kreisverkehrsplatzes erläutert Frau Binder-Kruse, dass grundsätzlich zu prüfen sei inwieweit der Kreisverkehr als Ellipse ausgeformt werden könne. Die abschließende Beurteilung dieser Frage sei vom Ergebnis des noch vorzulegenden Verkehrsgutachtens abhängig.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. III / Br 35 „Discounter**

Braker Straße/ Am Damm“ wird stattgegeben.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. III / Br 35 „Discounter Braker Straße/ Am Damm“ für das Gebiet nördlich der Braker Straße und östlich der Straße Am Damm auf den Flurstücken 1437 und 1438 der Flur 11, Gemarkung Brake sowie Teile der öffentlichen Verkehrsfläche der Braker Straße sowie der Grundstraße ist gemäß § 12 BauGB neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M 1:500 (im Original) mit blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.
3. Die Neuaufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. III / Br 35 „Discounter Braker Straße/ Am Damm“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
4. Die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit ist gemäß § 3 (1) BauGB auf der Grundlage der in dieser Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke des Bebauungsplanes nach den von der Stadt Bielefeld beschlossenen Richtlinien durchzuführen.
5. Der Aufstellungsbeschluss und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sind gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.
6. Der Flächennutzungsplan ist gem. § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7 ÖPNV im Stadtbezirk Heepen: Sachstandsbericht

- abgesetzt -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8 **Planfeststellung zum Bau der L 712 n, IV. Bauabschnitt**
Bericht der Verwaltung zum Erörterungstermin

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3699/2009-2014

Herr Hartmann (Amt für Verkehr) erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung im Überblick.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) sieht die von der Bezirksvertretung formulierten Anregungen und Bedenken in der von der Stadt Bielefeld zum Vorhaben abgegebenen Stellungnahme berücksichtigt.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt den Bericht der Verwaltung zum Erörterungstermin im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der L 712 n, IV Bauabschnitt zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9 **Offene Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk Heepen**

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die wiederholte Beratung des Themas in der Bezirksvertretung und die in diesem Kontext von der Bezirksvertretung aufgrund verschiedener Anträge der Fraktionen und Parteienvertreter gefassten Beschlüsse.

Frau Prizebilla-Voigt (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -) nimmt Bezug auf die mit den Sitzungsunterlagen übersandten Beratungsunterlagen. Sie führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss am 15.06.2011 die Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Stadtteilprojekte und die Freizeitzentren in Bielefeld bis zum 31.12.2013 beschlossen habe und erläutert im Anschluss die sich daraus ergebenden Aufgaben und Maßnahmen (Umgang mit Veränderungserfordernissen, Erweiterung der Angebote an Wochenenden, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Jugendlichen, Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Finanzierung etc.). Sie führt weiter aus, dass es im Stadtbezirk Heepen insgesamt 7 Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung in unterschiedlicher Trägerschaft gebe und erläutert die Standorte der Einrichtungen und das jeweilige Angebot. Das Jugendamt selbst verfüge über keine eigenen Angebote oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk Heepen. Vor diesem Hintergrund sei eine gut abgestimmte Kommunikation über Ziele und Maßnahmen der Arbeit mit Mädchen und Jungen vor Ort erforderlich. Im Hinblick auf diesen Prozess wurde ein obligatorisches Verfahren zwischen den freien Trägern und dem Jugendamt installiert. Bezüglich der Personalkosten für alle Bereiche der

Kinder- und Jugendförderung weist Frau Prizebilla-Voigt darauf hin, dass diese auf dem Stand von 2009 eingefroren wurden. Welche Auswirkungen dies auf Dauer habe, sei in den nächsten Jahren zu beobachten und zu analysieren. Da sich die Stadt Bielefeld im Haushaltssicherungskonzept befinde, bedürfe es erneuter politischer Beschlüsse, um die Finanzierung der freien Träger entsprechend anzupassen. Über den Schwerpunkt Gewalt- und Drogenprävention hinaus sei festzustellen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit ihre wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte in den Bereichen

- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- internationale Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung und Jugendberatung

habe. Dem Aufgabenfeld Aufklärung über Drogen und die erste Berührung bei einem Verdacht auf Drogenmissbrauch komme besondere Bedeutung zu. Grundsätzlich habe die Jugendarbeit die Aufgabe, junge Menschen zur Selbstbestimmung zu befähigen. Sie setze bei den Stärken der Mädchen und Jungen an und orientiere sich an den Lebenswelten und aktuellen Problemen. Das Thema Gewalt werde in vielfältiger Form in der Jugendarbeit aufgegriffen, da die Vermittlung sozialer Kompetenzen, z. B. im Sinne des Erlernens gewaltfreier und demokratischer Umgangsformen, ein Grundsatz der Kinder- und Jugendarbeit sei. Er werde zum einen in der täglichen Arbeit im Offenen Treff und zum anderen in Projekten, wie Deeskalationstrainings und Gruppen bildenden Prozessen, z. B. in der Erlebnispädagogik, umgesetzt.

Sodann erläutert Frau Prizebilla-Voigt die „Richtlinien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld 2011“ im Überblick. Sie geht dabei besonders auf die im Kontext zu den Aufgaben und Angeboten, der Zielgruppe, der Öffnungszeiten, der Kooperation mit Schulen, dem Einsatz von Fachkräften, dem Stellenplan und der Jugendhilfekonferenzen bestehenden Fragen ein.

Abschließend erläutert Frau Prizebilla-Voigt die Abhängigkeiten, die sich aufgrund der Personalausstattung der Einrichtung, der Verschiebung der Angebotszeiten aufgrund der Ausdehnung der OGS-Betreuung an Schulen und der Zusammensetzung der Zielgruppen ergeben. Aus fachlicher Sicht bestehe grundsätzlich die Notwendigkeit, die Angebote so zu strukturieren, dass sie die Kinder und Jugendlichen in ihrer Freizeit erreichen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Diskussion u. a. auch vor dem Hintergrund der sich im Stadtteil Brake abzeichnenden negativen Entwicklungen aufgenommen wurde. Inzwischen habe sich die Situation im Stadtteil jedoch deutlich verbessert. Unter Bezugnahme auf die Öffnungszeiten des Freizeitzentrums Baumheide stellt er die Frage, aus welchen Gründen das Freizeitzentrum offenbar an Wochenenden keine Angebote für Kinder und Jugendliche unterbreite.

Frau Prizebilla-Voigt erläutert, dass im Freizeitzentrum über die Offene Kinder- und Jugendarbeit hinaus für alle Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Angebote

vorzuhalten seien, da es sich hier nicht um eine reine Einrichtung der Jugendhilfe handele. Das Jugendamt werde jedoch mit dem Träger Gespräche mit dem Ziel, das Angebot für Kinder und Jugendliche auch auf die Wochenenden auszudehnen, aufnehmen.

Auf entsprechende Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert Frau Prizebilla-Voigt, dass es auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern umfangreiche Kooperationen mit den Schulen im Stadtbezirk gebe und sich diese Kooperation zunehmend positiv entwickle.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) fragt, welche Bedeutung Jugendforen und ähnliche Prozesse für die Offene Kinder- und Jugendarbeit haben. Darüber hinaus habe sie festgestellt, dass verstärkt auch inklusive Angebote unterbreitet werden sollen und fragt nach den dabei zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen.

Frau Prizebilla-Voigt erläutert, dass inklusive Angebote vor dem Hintergrund der baulichen Situation in den Einrichtungen schwierig zu realisieren seien. Erste Erfahrungen belegen jedoch, dass ein entsprechendes Angebot gewünscht werde. Viele Einrichtungen haben ihr Interesse bekundet. Vor diesem Hintergrund sei davon auszugehen, dass voraussichtlich in mehr als zwei Einrichtungen „Best Practice-Beispiele“ entwickelt werden können, wie inklusive Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auch Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden können. Bei der Ermittlung der Bedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen, z. B. im Rahmen von Jugendforen, habe sich gezeigt, dass entsprechende Veranstaltungen dann erfolgreich seien, wenn die Kinder und Jugendlichen im Rahmen der Veranstaltung und bei der Umsetzung entwickelter Maßnahmen den Eindruck gewinnen, dass sie und ihre Vorstellungen ernst genommen werden. Auf entsprechende Nachfrage von Frau Kreye stellt Frau Prizebilla-Voigt fest, dass im Rahmen inklusiver Angebote keine Personalaufstockung erfolgen könne, dass ein entsprechendes Angebot aus fachlicher Sicht aber zumindest den Einsatz von Integrationshelfern erfordere.

- Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10 Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3740/2009-2014

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass zumindest der SPD-Fraktion bis zur Fraktionssitzung kein lesbarer Plan vorlag. Weiterhin sei es nicht möglich gewesen, zwei auf der den Fraktionen zur Verfügung gestellten CD befindliche Pläne zu öffnen. Er rege vor diesem Hintergrund an,

die im Kontext zur Untersuchung des Radverkehrsnetzes Bielefeld stehenden Fragen in der Arbeitsgruppe *Tiefbau / Verkehr / Planung* der Bezirksvertretung zu diskutieren.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass es schwierig sei, an Hand des zur Verfügung stehenden Materials die bezirklichen Abhängigkeiten nachzuvollziehen. Seines Erachtens sollten die zur Verfügung stehenden Informationen stadtbezirksbezogen aufbereitet und zunächst in der Arbeitsgruppe diskutiert werden.

Herr Spree (Amt für Verkehr) erläutert, dass sich das Verfahren noch am Anfang befinde und z. B. bezirksbezogene Daten derzeit noch nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es gehe zunächst darum, den politischen Gremien die Ergebnisse der Untersuchung vorzustellen und dem vorgeschlagenen Haupttroutennetz entsprechend der Anlage 1 zur Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen. Auf der Grundlage dieser grundsätzlichen Beschlussfassung werde die Fachverwaltung dann die stadtbezirksorientierten Fragestellungen für eine weitergehende Diskussion in den Bezirksvertretungen bzw. deren Arbeitsgruppen erarbeiten.

Im Anschluss erläutert er im Rahmen einer Beamer-Präsentation (Hinweis: Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt) die zum Radverkehrsnetz Bielefeld durchgeführte Untersuchung. Im Rahmen der Untersuchung waren zunächst die Kriterien von Haupttrouten und die Identifizierung möglicher Haupttrouten für den Radverkehr festzulegen. Wesentliche Einstufungskriterien waren hier ein attraktives Umfeld, die Anbindung wichtiger Ziele und die Bevorzugung verkehrsarmer Strecken / Wege. Im Anschluss erfolgte die Befahrung der auf der Grundlage der Kriterien ermittelten Haupttrouten und ihre Bewertung. Im Rahmen der Auswertung der Befahrung wurden die vorgefundenen Streckenmängel, Punktmängel und Knotenmängel bewertet und Maßnahmevorschläge zur Beseitigung der Mängel erarbeitet und priorisiert. Weiterhin war es notwendig, Kostenschätzungen zu den Maßnahmevorschlägen anzustellen.

Nachdem Herr Spree die Feststellung von Streckenmängeln, die Feststellung von Punktmängeln und die Feststellung von Knotenmängeln an Hand konkreter Beispiele erläutert hat, stellt er die aus den Ergebnissen zu ziehenden Schlussfolgerungen vor. Die Untersuchung stelle den ersten Schritt der Bestandsaufnahme und -analyse dar und beziehe sich ausschließlich auf Haupttrouten. Darüber hinaus werde der Handlungs- und Investitionsbedarf im Radverkehrsnetz festgestellt. Die durchgeführte Untersuchung sei als wichtige Hilfestellung zur Festlegung der Prioritäten zu betrachten. Die angestellten Kostenschätzungen können als Grundlage für die Bereitstellung eines Budgets zur Beseitigung von Mängeln herangezogen werden.

Zum weiteren Verfahren führt Herr Spree aus, dass nach der Vorstellung der Untersuchung in den Bezirksvertretungen die abschließende Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss angestrebt werde. Auf dieser Grundlage sei es dann in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ggf. möglich, die kleineren Mängel sukzessiv abzuarbeiten und den Bezirksvertretungen Vorschläge zur Priorisierung größerer Maßnahmen zu unterbreiten.

Auf Rückfrage von Herrn Borchers (Grüne-Fraktion) stellt Herr Spree fest, dass es grundsätzlich verschiedene Fördermöglichkeiten für die Umsetzung konkreter Maßnahmen gebe. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Bielefeld bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln immer einen entsprechenden Eigenanteil aufbringen müsse, sei die Möglichkeit, konkrete Maßnahmen

umzusetzen, aufgrund der bestehenden haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten derzeit kaum möglich.

Im Rahmen ihrer Wortbeiträge bringen verschiedene Bezirksvertretungsmitglieder ihre Auffassung zum Ausdruck, dass es z. Z. noch nicht sinnvoll sei, stadtbezirksorientierte Fragen auf der Grundlage der Untersuchung zu diskutieren, sondern eine entsprechende Diskussion erst auf der Grundlage der bezirksbezogenen Aufbereitung der durch die Untersuchung gewonnenen Daten erfolgen sollte.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Bezirksvertretung Heepen nimmt die Ergebnisse der Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld zur Kenntnis.
2. Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Haupttroutennetz für den Radverkehr entsprechend der Anlage 1 zur Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 3740/2009-2014 zuzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Grundsätze der Stadt Bielefeld für die künftige Pflege von Grünanlagen, Spielplätzen, Sportplätzen und sonstigen Außenanlagen - Beschluss über die Systematik des neuen Grünflächenkonzeptes -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3378/2009-2014

Herr Eweler (Umweltbetrieb) beschreibt ausgehend von der Gründung des Umweltbetriebes die Entwicklung der vom Umweltbetrieb bei der Pflege der städtischen Grünanlagen, Spielplätze, Sportplätze und sonstigen Außenanlagen zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen. Er führt aus, dass bereits bei Gründung des Umweltbetriebes erkennbar wurde, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausreichen, um den gewünschten Pflegestandard sicherzustellen. Hinzu kamen durch die Umstrukturierung der früher zuständigen städtischen Fachdienststellen verursachte Probleme im Bereich der organisatorischen Abläufe (78 verschiedene Standorte / Unterkünfte, veralteter Maschinenpark etc.). Um diese Probleme zu lösen, wurden in den Folgejahren verschiedene Maßnahmen ergriffen. U. a. wurden die Unterkünfte / Betriebsstandorte zusammengeführt und an 4 Standorten

gebündelt, der Maschinenpark wurde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erneuert und die organisatorischen Abläufe durch verschiedene Maßnahmen verbessert. Da weiterer Handlungsbedarf erkennbar wurde, erfolgte Anfang des Jahres 2009 die Beauftragung der Untersuchung der Organisation und der Arbeitsabläufe des Geschäftsbereiches Friedhöfe und Grünunterhaltung. Ziel der Untersuchung sei es, Grundsätze für die künftige Pflege der städtischen Grünanlagen, Spielplätze, Sportplätze und sonstigen Außenanlagen zu entwickeln, die den schwierigen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Mit der zur Beratung vorliegenden Beschlussvorlage werde das Ziel verfolgt, grundsätzliches Einverständnis darüber herzustellen, dass das zukünftige Grünflächenkonzept in der vorgeschlagenen Systematik ausgearbeitet werde. Innerhalb eines dann vorliegenden Rahmens seien im Anschluss in einem 2. Schritt die zukünftigen Pflegestandards durch die Bezirksvertretungen (für bezirkliche Anlagen) bzw. den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz (für überbezirkliche Anlagen) konkret für jede einzelne Anlage zu beschließen.

Im Anschluss erläutern Herr Eweler und Frau Schröder (Umweltbetrieb) die Ergebnisse des Gutachtens des Büro Dr. Steidle Consult im Rahmen einer Beamer-Präsentation im Detail (Hinweis: die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt). Zum Abschluss der Präsentation stellt Herr Eweler fest, dass der Umweltbetrieb das Ziel verfolge, den in 2011 bestehenden Pflegestandard („Status Quo“) weiter zu erhalten. Er weist in diesem Zusammenhang jedoch auch darauf hin, dass es nicht mehr möglich sein werde, die Pflege neuer Anlagen zu übernehmen, wenn nicht gleichzeitig die finanzielle Ausstattung (z. B. Personalausstattung) verbessert werde.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erläutert Herr Eweler, dass die von der Gutachterin bei bestimmten Berechnungen zugrunde gelegten Durchschnittswerte auf bundesweit ermittelte Erfahrungswerte zurückzuführen seien, diese jedoch nicht in jedem Einzelfall auf Bielefelder Verhältnisse anzuwenden seien. Auf weitere Nachfrage von Herrn Dr. Elsner stellt Herr Eweler fest, dass es sich bei der Gutachterin Frau Dr. Steidle um eine bundesweit anerkannte Expertin für die Bearbeitung der Thematik handle und der Umweltbetrieb insofern hinsichtlich der Gutachterin keine Alternative gesehen habe.

Herr Dr. Elsner weist darauf hin, dass sich die Verwaltungsvorlage in einzelnen Punkten auf Anlagen beziehe, die der Vorlage nicht beigelegt waren. Dies habe zu Irritationen geführt.

Herr Eweler erläutert nochmals, dass der Umweltbetrieb mit der Beschlussvorlage zunächst nur eine Grundsatzregelung anstrebe, die nicht das Ziel habe, einzelne Anlagen zu bewerten. Die Einzelbewertung erfolge erst in einem 2. Arbeitsschritt durch die Bezirksvertretungen (für bezirkliche Anlagen) bzw. den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz (für überbezirkliche Anlagen). Der Umweltbetrieb habe sich vor diesem Hintergrund dafür entschieden, die von der Gutachterin angestellten Detailbetrachtungen aufgrund ihrer Komplexität zunächst nicht an die Mitglieder der Gremien weiterzuleiten. Hinzu komme, dass die Stadt Bielefeld in Teilbereichen individuelle Bewertungen vornehme, die von der Bewertung der Gutachterin abweichen. Dieser Prozess sei derzeit noch nicht abgeschlossen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die Frage, wie

die Kosten für neuen Anlagen (z. B. Johannisberg) finanziert werden, eindeutig beantwortet werden müsse, um sicherzustellen, dass hier entstehende zusätzlichen Kosten sich nicht negativ auf den Pflegezustand der bezirklichen Anlagen auswirken.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) schließt sich dieser Auffassung an und weist zudem darauf hin, dass die Politiker „vor Ort“ den Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, aus welchen Gründen welche Anlagen wie gepflegt werden. Bezogen auf die von Herrn Eweler dargestellte Bündelung der Betriebsstandorte des Umweltbetriebes fragt er unter Hinweis auf die längeren Fahrzeiten, ob hierdurch tatsächlich Einsparungen entstehen.

Herr Eweler erläutert, dass die Bündelung der Standorte so vorgenommen wurde, dass jede Anlage in Bielefeld innerhalb von 15 Minuten erreicht werden könne und die in diesem Zusammenhang angestellten betriebswirtschaftlichen Berechnungen eindeutig den Nachweis erbringen, dass entsprechende Einsparungen erzielt werden können.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert Herr Eweler verschiedene Fragen zu technischen Abläufen und die Systematik der vorgestellten Pflegemodelle. Er stellt fest, dass der Umweltbetrieb das Modell 3 favorisiere. Endgültig sei jedoch von den zuständigen politischen Gremien festzulegen, auf welcher Grundlage die weitere Arbeit erfolge.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) verweist auf Überlegungen hinsichtlich der Übernahme von „Grünpatenschaften“ durch Bürgerinnen und Bürger. Sie bewerte entsprechende Patenschaften positiv, da diese nicht nur Einsparungen zur Folge haben können, sondern auch zu einer Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wohnumfeld beitragen. Sie fragt, inwieweit dieser Aspekt in den künftigen Planungen berücksichtigt werde.

Herr Eweler erläutert, dass das Gutachten im Rahmen der Darstellung der möglichen Lösungsansätze auch auf diese Frage eingehe. Vor der Bewertung der von der Gutachterin getroffenen Aussagen sei es jedoch zunächst erforderlich, konkrete Pflegepläne festzulegen. Im Anschluss sei dann zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen die Pflegepläne umgesetzt werden können.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) unterstreicht die Notwendigkeit, dass das Grünflächenkonzept - bezogen auf die bezirklichen Anlagen - im Detail in den Bezirksvertretungen zu diskutieren sei.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Die Ergebnisse des Gutachtens über die Organisationsuntersuchung für den Geschäftsbereich Grünflächen u. Friedhöfe - 700.6 - im Umweltbetrieb werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Das flexible und integrative Grünflächenkonzept wird als Grundlage für die zukünftige Pflege der städtischen Grünanlagen beschlossen.**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die einzelnen Grünanlagen, die Pflege im Rahmen des flexiblen und integrativen Grünflächenkonzeptes (Qualitätstypen und -level) konkret zu definieren und zeitnah in einem 2. Schritt zur Diskussion und Beschlussfassung in den jeweils zuständigen politischen Gremien vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 11 *

**Zu Punkt 12 Wirtschaftsplan 2012 des Immobilienservicebetriebes
Bezirksbezogene Baumaßnahmen im Bezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3763/2009-2014

Herr Skarabis erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung und die vorgesehenen Einzelmaßnahmen im Kontext zu den Haushaltsplanberatungen 2012 im Überblick.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die BV Heepen nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Investitionen / geplanten Instandhaltungen zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, sie im Wirtschaftsplan 2012 zu veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 12 *

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Skarabis verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen übersandte tabellarische Übersicht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.03.2012 - öffentlich - TOP 13 *

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötzke
Schriftführer